

# Rhein-Berg 100



Der Newsletter Ihres Abgeordneten für den Wahlkreis 100 Dr. Hermann-Josef Tebroke

## Termin-Auswahl:

12. Februar 2018  
Kölner Rosenmontagszug

14. Februar 2018  
Politischer Aschermittwoch

15. Februar 2018  
Bürgersprechstunde Wermelskirchen

8. März 2018  
Bürgersprechstunde Kürten

## Kontakt:

### Bundestagsbüro

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

### Telefon

(030) 227 - 7 95 47

### Fax

(030) 227 - 7 05 48

### E-Mail

[hermann-josef.tebroke@bundestag.de](mailto:hermann-josef.tebroke@bundestag.de)

### Homepage

[www.hermann-josef-tebroke.de](http://www.hermann-josef-tebroke.de)

### Wahlkreisbüro

Am Stadion 18-24  
51465 Bergisch Gladbach

### Telefon

(02202) 9 36 95-30

### Fax

(02202) 9 36 95-22

### E-Mail

[hermann-josef.tebroke.wk@bundestag.de](mailto:hermann-josef.tebroke.wk@bundestag.de)



## Liebe Leserinnen und Leser,

zum zweiten Mal grüße ich Sie von dieser Stelle aus und darf Ihnen meine ersten 100 Tage als Abgeordneter des Wahlkreises 100 darstellen. Dazu finden Sie nachstehend einen Bericht über meine zukünftige Ausschussarbeit. Außerdem stelle ich Ihnen mein Team vor, das mich im Bundestag in Berlin und auch in meinem Wahlkreisbüro in der Heimat unterstützt.

Den SPD-Parteitag habe ich mit gewisser Erleichterung zur Kenntniss genommen. Der Parteitag hat zwar offenbart, wie uneins die SPD in der zentralen Frage der Reigerungsbeileiligung ist, und die Abstimmung fiel überaus knap aus. Im Ergebnis ist es aber doch ein entscheidendes Votum zugunsten der Koalitionsverhandlungen. Vor wenigen Tagen konnten diese dann endlich beginnen. Die Union hat wieder einmal durch ihr Verhalten klargemacht, dass sie die einzige politische Kraft ist, die unmittelbar regierungsfähig ist und geschlossen hinter ihrer Vorsitzenden, unserer Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, steht.

Infolge der Zerstrittenheit der SPD werden nunmehr Forderungen laut, wonach der SPD im Rahmen der Verhandlungen grundsätzliche und umfängliche Zugeständnisse gemacht werden sollen. Jeden Tag aufs Neue gibt es entsprechende Anregungen aus der SPD, diesen oder jeden Punkt zusätzlich in den Koalitionsvertrag mit aufzunehmen. Ich kann Ihnen an dieser Stelle versprechen, dass wir als Union auch weiterhin dafür Sorge tragen werden, dass im Vertrag letztlich die Handschrift der Union klar erkennbar ist. Nicht nur, aber insbesondere bei den Themen ausgeglichener Haushalt, Flucht und Migration und bei dem Versprechen, die Steuerquote nicht zu erhöhen, werden wir standhaft bleiben.

Herzliche Grüße

Ihr

Dr. Hermann-Josef Tebroke,  
MdB

## Einstieg in die Ausschussarbeit

Mit großer Freude bin ich als ordentliches Mitglied für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in den Finanzausschuss entsandt worden. Als Stellvertretendes Mitglied werde ich zudem im Ausschuss für Familie, Senioren, Jugend und Frauen mitwirken können.

Der Arbeitsbereich des Finanzausschusses ist überaus vielfältig und deckt sich mit demjenigen des Finanzministeriums, mit Ausnahme der Haushaltsfestsetzung. Der Ausschuss beschäftigt sich mit Grundsatzfragen wie der Mittelstandspolitik, der Steuerstruktur und der Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik sowie den Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern. Darüber hinaus behandelt der Ausschuss aber auch aktuelle Themen wie die Modernisierung des Steuerverfahrens und die Digitalisierung des Finanzsektors. Mich freut besonders, im Ausschuss an meine frühere Tätigkeit als Professor für Betriebswirtschaftslehre anknüpfen zu können. Vor allem aber strebe ich an, meinen kommunalen Blick als ehemali-

ger Bürgermeister und auch Landrat mit einzubringen. Ich werde als Berichterstatter federführend für die Themenbereiche Förder- und Landesbanken, die Digitalisierung des Finanzsektors und die Kfz- sowie Kirchensteuer zuständig sein.

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Jugend und Frauen beschäftigt sich mit gesellschaftlich relevanten Themenfeldern. Im Fokus der Ausschussarbeit stehen die Stärkung von Familien und das Bestreben, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu schaffen. Der demographische Wandel, dessen Anzeichen bereits erkennbar, dessen Folgen aber noch nicht überall spürbar sind, wird unsere Gesellschaft vor eine große Herausforderung stellen. Auch diesem Themengebiet widmet sich die Ausschussarbeit. Für mich stellt die Mitgliedschaft in diesem Ausschuss eine hervorragende Ergänzung zum Themenfeld der Finanzen dar.

02.02.2018

Ausgabe 2 / 2018



## Mein Team



Andrea Weber ist für mein Wahlkreisbüro zuständig. Dort koordiniert sie die Büroorganisation, Terminanfragen, Schriftverkehr sowie die Terminbegleitung.



Andreas Glock ist für die Kommunikationsarbeit im Berliner Büro zuständig. Ich habe ihn ebenfalls aus dem Büro von Herrn Bosbach übernommen.



Kirsten Sittig habe ich ebenfalls von Herrn Bosbach übernommen. Mit ihrer vieljährigen Erfahrung im Bundestag ist sie für die Büroorganisation, Terminanfragen und Besuchergruppen verantwortlich.



Scott Usatorres übernimmt im Abgeordnetenbüro in Berlin vor allem die Arbeit rund um den Finanzausschuss. Außerdem ist er für die Homepage verantwortlich.

Diese Woche begleitete mich außerdem meine erste Schülerpraktikantin, Lena Behnke, aus Kürten (Foto links). Sie engagiert sich schon seit einigen Jahren in der Kommunalpolitik und in der Landespolitik in NRW und wollte nun Erfahrungswerte in der Bundespolitik sammeln.

## Bericht des Fraktionsvorsitzenden

### **Volker Kauder schreibt:** **„Koalitionsverhandlungen in vollem Gange.“**

Wir stehen mitten in den Koalitionsverhandlungen mit der SPD, an denen auch viele Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion beteiligt sind. Die erzielten Ergebnisse der Sondierungsgespräche sind dabei Ausgangspunkt und roter Faden. Bereits fest Vereinbartes werden wir nicht mehr aufgeben, es wird nur in Punkten ergänzt und erläutert. Eine gute Regierungsführung und eine erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung geben uns die nötigen finanziellen Spielräume, um unser Land weiter voranzubringen. Dabei steht das Thema Digitalisierung ganz vorne. Aber auch die Bereiche Sicherheit, Infrastruktur, Bildung und Familie stehen im Fokus.

Wir haben uns den zeitlichen Rahmen für die Gespräche eng gesetzt und wollen am Ende

der laufenden Woche die Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluss bringen. Es ist höchste Zeit, dass wir eine stabile Regierung für unser Land bilden und wieder als verlässlicher Ansprechpartner für unsere Freunde und Partner im Ausland zur Verfügung stehen.

### **Familiennachzug bei subsidiär Geschützten**

Der Familiennachzug zu dem Personenkreis der subsidiär Schutzberechtigten bleibt zunächst ausgesetzt. Ab 1. August 2018 wird der Zuzug der Kernfamilie aus humanitären Gründen im Umfang von maximal 1.000 Personen im Monat zugelassen. Die genauen Kriterien müssen in einem neuen Gesetzgebungsverfahren noch festgelegt werden. Im Gegenzug entfällt die Aufnahme von monatlich 1.000 Flüchtlingen aus Griechenland und Italien. Es gibt damit nicht mehr Zuwanderung nach Deutschland.

### **Zitat des Monats:**

*„Der Karneval ist ein Fest, das dem Volke eigentlich nicht gegeben wird, sondern das sich das Volk selbst gibt.“ – Johann Wolfgang von Goethe*

Laut statista.com haben im Jahr 2016 10.150 Menschen am Rosenmontagszug in Köln teilgenommen!

## Karnevalszeit

Et jeht widder los – jetzt läuten die Domglocken für den Endsput der Karnevalszeit!

Seit dem Sessionsstart am 11.11.2017 läuft bei uns im Rheinland die 5. Jahreszeit auf Hochtour. Ob Hausfrauennachmittag, Herren- oder Kindersitzung oder andere Veranstaltungen, wir Jecken hatten mal wieder vielfältige Möglichkeiten unsere Liebe zum Karneval auszuleben. Immer mit dabei natürlich das örtliche Prinzenpaar oder Dreigestirn mit ihrem Verein und ihren Tanzcorps die immer wieder für tolle Unterhaltung sorgen.

Beginnend ab Weiberfastnacht geht der Sitzungskarneval zum Straßenkarneval über. Geleidet mit einem bunten Kostüm bietet sich an diesen Tagen, sowie natürlich an Rosenmontag, erneut die Gelegenheit auf zahlreichen Umzügen und Feiern bei uns im Rheinland den Karneval richtig auszuleben, bevor an Aschermittwoch alles wieder vorbei ist. Ich wünsche Ihnen schöne Karnevalstage und sage zum Schluss: Rhein-Berg Alaaf!

**02.02.2018**  
Ausgabe 2 / 2018

# Meine erste Rede im Bundestag (31.01.2018)



© Deutscher Bundestag / Achim Melde

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Jahre 2008 ereifte nicht nur die Vereinigten Staaten von Amerika, sondern auch Deutschland und Europa eine Finanz- und Wirtschaftskrise, mit der viele in diesem Ausmaß nicht gerechnet haben.

Ich weiß nicht, wer damals geglaubt hätte – Sie haben es gerade angesprochen, Herr Dr. Michelbach –, dass wir uns nach zehn Jahren, sprich: heute, wieder in einer so guten wirtschaftlichen Verfassung befinden. Ich glaube, man wäre gefragt worden, ob man gesund sei.

Wir haben aber auch erlebt, meine Damen und Herren, dass es sich nicht nur um ein Problem der Banken oder der Finanzinstitute, sondern letztlich auch um ein Problem der Wirtschaftssysteme insgesamt handelte. Dass es ein Problem des Vertrauens gibt, haben nicht nur die Banken erlebt, sondern alle Wirtschaftsbereiche haben dies erleben müssen. Wir sehen heute in verschiedenen Facetten immer noch die Folgen dessen, was seinerzeit passiert ist. Die Bankenunion kann eine Antwort darauf sein; sie kann ein wichtiges Instrument sein, damit so etwas nie wieder passiert.

Es geht also um die Stabilisierung der Finanzmärkte, unseres europäischen Finanzmarktes. Es geht um die Verbindung von Risiko und Haftung. Es geht um das Wiedergewinnen von Vertrauen der Sparer in ihre Bank in ihrem Land, und es geht auch um die Rücksicht auf unsere funktionsfähige deutsche kleinteilige Kreditwirtschaft. Auch ihr gegenüber sind wir in der Verantwortung.

Die Bankenunion – es geht nicht darum, sie hier schönzureden – befindet sich im Aufbau und wird korrigiert; das hat auch niemals jemand aus unserer Fraktion bestritten. Es geht darum, diese Bankenunion als ein wichtiges Instrument zu begreifen, das weiterentwickelt werden muss und weiterentwickelt werden kann.

Die gemeinsame Aufsicht als erste Säule ist ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der Finanzmärkte. Hier soll Stabilität erreicht werden. Ich sage „soll“, weil wir natürlich keineswegs schon am Ziel angelangt sind. Es hat auch keiner die großen Risiken – gerade war von den faulen Krediten bzw. von den Staatskrediten die Rede, die in den Bilanzen vieler Banken schlummern – verheimlicht. Es ist keine gute und angenehme Diskussion, und es ist auch politisch nicht einfach, über die Bonitätsunterschiede bei der Vergabe von Krediten an öffentliche Haushalte zu diskutieren, aber wir werden diese Diskussion führen. Wir verstecken dieses Problem nicht, sondern wir werden es anpacken, und das müssen wir auch, denn sonst funk-

tiert die Bankenunion nicht.

Mit dem einheitlichen Bankenabwicklungsmechanismus wird die vorgesehene Haftungskaskade, so wie wir uns das wünschen, endlich normiert, nach dem Grundsatz, dass eben nicht zuvorderst die Steuerzahler zur Kasse gebeten werden, sondern für die Abwicklung die Gruppe aller Banken in Europa haftet. Das war immer unser Ziel. Und ich sage an dieser Stelle sehr deutlich: Deswegen ist auch die zweite Säule eine wichtige Säule, die auszubauen sich lohnt.

Ich komme zur dritten Säule, zur Harmonisierung der nationalen Einlagensicherungssysteme. Das ist eine wesentliche Errungenschaft. Sie dient im Besonderen dem Interesse der Sparerinnen und Sparer und der Bildung – oder muss man sagen: Rückgewinnung? – ihres Vertrauens in ihre Bank in ihrem Land.

Durch die Definition von europaweit einheitlichen Mindeststandards wird erreicht, dass die Risiken nur in dem Land aufgefangen werden, wo sie tatsächlich entstehen, und dass die Risiken bei der Haftung in den jeweiligen Ländern zu verbleiben haben. Jedem Land ist es unbenommen, über die Mindestanforderungen hinausgehende Einlagen in die Institutssicherung zu implementieren. So haben wir das auch in der Bundesrepublik gehalten, und so werden wir es auch weiterhin halten.

Lassen Sie mich vor diesem Hintergrund einen Blick auf die deutschen Banken, insbesondere die kleinen und mittelständischen Sparkassen und Genossenschaftsbanken werfen, für die wir uns – es wurde eben angesprochen – im Parlament sehr wohl verantwortlich fühlen. Einheitliche hohe Standards der Aufsicht in Europa sind erstrebenswert. Sie bedeuten in einigen Mitgliedstaaten deutliche Verbesserungen, von denen wir auch profitieren – das ist gewiss so –, aber wir müssen uns bei der Regulierung auch darüber Gedanken machen, ob sie verhältnismäßig ist, ob das, was wir von den Instituten erwarten, die nicht für die Krise verantwortlich waren, eigentlich leistbar ist und ob der Verwaltungsaufwand sie am Ende nicht dazu zwingt, zu fusionieren oder aus dem Markt auszuscheiden. Das können wir nicht wollen, weil das unser durchaus erfolgreiches Bankensystem beschädigt.

In diesem Zusammenhang verweise ich auf die laufende Diskussion über die Möglichkeiten für mehr Proportionalität in der Bankenaufsicht für mittelständische Institute, Stichwort: Small Banking Box. Hier haben wir uns zwar schon auf dem Weg gemacht; aber ich glaube, dass es dringend notwendig ist, weitere Schritte zu gehen. Dass gerade die kleinen Kreditinstitute nunmehr zusätzlich zu einem neuen, europäisierten Haftungsregime erworbene Vorteile und Besonderheiten möglicherweise aufgeben sollen und in eine vergemeinschaftete Einlagensicherung einzahlen sollen, meine Damen und Herren, halte ich nicht nur für unzumutbar, sondern auch für unnötig. Ich glaube im Übrigen, dass damit falsche Verhaltensreize gesetzt werden.

Vor zehn Jahren begann die Finanzkrise. Vor fünf Jahren haben CDU/CSU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben – sie haben im Laufe der Legislatur auch entsprechend gehandelt; ich darf zitieren –: Die Sicherheit der Spareinlagen ist ein wesentliches Element stabiler Finanzmärkte. Die deutschen Einlagensicherungssysteme haben sich in der Krise als stabil erwiesen. Eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung auf EU-Ebene lehnen wir ab.

Meine Damen und Herren, ich kann wirklich nicht erkennen, warum von diesem guten Grundsatz abgewichen werden soll.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

02.02.2018

Ausgabe 2 / 2018